

fen. Dann ging immer das Wort der Schrift, des Petrusbriefes in Erfüllung: „Jetzt ist die Zeit, in der das Gericht beim Hause Gottes beginnt.“ – „Wenn es aber bei uns anfängt“ – so heißt es weiter – „welche Konsequenzen werden sich dann für die ergeben, die dem Evangelium nicht glauben?“

Die Hand des Herrn hat die Kirche immer geprüft und geläutert, wenn sie den Satz der Bergpredigt vergessen hatte: „Ihr seid das Salz der Erde. Wenn das Salz seinen Geschmack verliert, womit kann man es wieder salzig machen: Es taugt zu nichts mehr, es wird weggeworfen und von den Leuten zertreten.“

Was die Kirche zu vertreten hat, sind daher im letzten nicht gesellschaftspolitische Interessen, es ist nicht primär ihre Aufgabe, nach dem staatlichen Arm zu rufen – so notwendig dies in einer bestimmten und konkreten Situation auch sein kann. Jesus, als Stifter der Kirche, hat die Kirche als seine Gemeinschaft ins Leben gerufen, um das zu vertreten, was er selbst vertrat, das heißt, jenen nahezustehen, denen er selbst nahestand. „Denn der Menschensohn ist gekommen, um das Verlorene zu suchen und zu retten“ (Lk 19, 10), so lesen wir in der Schrift. Er hat das Reich Gottes verkündet: den Armen, den Hungernden, den Bedrückten, den Verfolgten, den Heimatlosen, den Erfolglosen, den Gescheiterten, den gesellschaftlich und moralisch Geächteten, den Unruhigen, die nach der Gerechtigkeit einer besseren Welt dürsten. Gerade ihnen gilt das Wort Jesu: „Wer sein Leben retten will, wird es verlieren, wer aber sein Leben um meiner willen und um des Evangeliums willen verliert, wird es retten“ (Mt 8, 35).

Ja wer, wenn nicht die Kirche, soll diese Menschen, die auch Gottes Antlitz tragen, vertreten, mit ihnen reden, ihnen beistehen? Die Kirche wird bei der Verkündigung des Evangeliums alle Bestrebungen unterstützen, Armut und Hunger bekämpfen, sie wird sich nicht mit Parolen und Manifesten begnügen, sondern zuerst den Hungernden Brot reichen. Wenn sie für die Bedrückten, Verfolgten, Gemarterten und Gefolterten eintritt, so muß sie gewärtigen, daß man sie verdächtigt, gesellschaftliche Ordnungen verändern zu wollen. – Es ist kein Zufall, daß bei der letzten Bischofssynode einer der Richtsätze lautete: Religiöse Unterweisung müsse deutlich machen, wie der Glaube an Jesus Christus verändernd auf das Leben der einzelnen und der Menschen untereinander einwirkt.

Die Kirche weiß, daß gesellschaftliche Ordnungen immer auch gesellschaftliche Unordnungen sind, daß es die Aufgabe der Christen ist, die Welt so zu verändern, daß sie besser, gerechter, menschlicher wird, eine Aufgabe, die sie nicht anderen überlassen dürfe. Sie weiß aber auch, daß Gewalt immer nur Gewalt gebären

kann und daß hinter den Fahnen einer neuen Freiheit sehr oft die Folterknechte einer noch größeren Unfreiheit marschieren.

Die Kirche Christi weiß oder sollte wissen, daß in einer Gesellschaft, die auf Leistung, Erfolg und Gewinn ausgerichtet ist, alle jene Werte verkümmern, die sich nicht zählen, nicht wägen und messen lassen: Güte, Wärme, Geborgenheit, Treue.

Die Familie gehört heute anscheinend zu den Erfolglosen, ihre Werte zählen kaum. Die das am bittersten zu spüren bekommen, sind Kinder und alte Menschen, also jene, die noch nicht oder nicht mehr im Leistungsprozeß stehen und über die man verfügen zu können meint.

Und was die Gescheiterten und Geächteten betrifft, so wird die Kirche nicht vergessen, daß Jesus von den Pharisäern und Schriftgelehrten seiner Zeit geächtet wurde und daß sein Werk nach menschlichen Kriterien gescheitert ist. Scheitern kann man überall, auch in einer Ehe. Auch den in einer Ehe Gescheiterten wird die Kirche nicht mit dem moralischen Zeigefinger kommen, sondern mit Verständnis und Vertrauen zu neuem Beginn. Auch in den Gescheiterten und Geächteten muß die Kirche das Antlitz ihres Herrn erkennen, sogar in jenen Verirrten, die Schuld auf sich geladen haben und die mit Gewalt, Mord und Terror die Welt verändern wollen und gegen die sich Staat und Gesellschaft zur Wehr setzen müssen. Die Kirche kann die Gescheiterten nicht abschreiben und ihrem Schicksal überlassen.

Wenn sich die Kirche so für alle Menschen zuständig weiß – und das ist besonders seit dem letzten Konzil wieder deutlich geworden –, dann müßten ihr die am nächsten stehen, die man nicht sieht, weil sie im Dunkel sind, weil sie im Schatten stehen. Ihnen Wärme und Freude zu bringen, ist ihre Aufgabe. Wenn wir heute im Warmen sitzen, wenn wir nach altem Brauch in Freude den Jahreswechsel begehen, dann können wir das nur mit gutem Gewissen tun, wenn wir selbst ein wenig Freude und Wärme jenen gegeben haben, die uns nahestehen, denen wir uns verbunden fühlen, die wir lieben, innerhalb und außerhalb unserer Familie, den Nächsten, die aber auch die Fernsten sein können, wenn sie uns brauchen.

Das, was die Kirche verkündet und wozu das alles gehört, was ich Ihnen jetzt in wenigen Minuten sagen wollte, das ist eine frohe Botschaft, eine Botschaft der Freude und nicht der Verzagtheit, des Mutes und nicht der Mutlosigkeit. Gott hat seine Welt nicht zum Verderben geschaffen und seine Kirche nicht zum Ort des Jammerns und des Klagens. Wenn wir ein Stück dieser Freude geben, werden wir ein größeres Stück Freude empfangen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, Ihren Familien und Freunden ein gutes, glückliches und gesegnetes neues Jahr.

Länderbericht

Das kommunistische Nachkriegs-Vietnam

Die innere Lage und die Situation der Religionsgemeinschaften

Nur selten wird die fast unheimliche Stille um das noch vor wenigen Jahren die Schlagzeilen beherrschende Indochina durchbrochen. Von Zeit zu Zeit liest man sensationelle Darstellungen über das unmenschliche Vorgehen der

neuen Machthaber in Kambodscha oder erfährt etwas über das Schicksal der zahlreichen hilflos auf hoher See treibenden Vietnamesen, die nur durch eine gefährliche und zu meist aussichtslose Flucht dem Anspruch und den Einen-

gungen von Partei und Regierung entkommen zu können glauben. Rund zweieinhalb Jahre nach dem Ende der kriegerischen Auseinandersetzungen und dem rigorosen Machtwechsel in Kambodscha, Südvietnam und Laos präsentieren sich diese indochinesischen Länder als zerstritten untereinander und gleichzeitig als selbstbewußte Staaten, die aber nicht verhehlen können, auf Hilfe von außen angewiesen zu sein. Während die Nachrichten aus allen drei Ländern knapp und widersprüchlich sind und an kirchlicher Information aus Kambodscha und Laos kaum etwas vorliegt, weil es in diesen Ländern Kirche praktisch nicht mehr gibt, läßt sich über Vietnam noch am ehesten ein einigermaßen zuverlässiges Bild gewinnen.

Versucht man eine erste Bilanz der Entwicklung in Vietnam zu ziehen, dann scheint man unbedingt unterscheiden zu müssen zwischen den Leistungen der neuen Führung und der durch die Ideologie bedingten Drangsal für viele Bevölkerungsgruppen. Es bleibt eine nicht zu leugnende Tatsache, daß sich der Wechsel in Südvietnam nach dem 30. April 1975 mit beachtenswerter Disziplin und einem Minimum an Zerstörung und Gewalt vollzogen hat – ganz im Gegensatz zu Kambodscha. Statt dessen setzte unerwartet schnell die ideologische Umerziehung und damit die einseitige Ausrichtung auf den Marxismus-Leninismus ein. Er wurde zum fast ausschließlichen Kriterium für jedermann und alles. So überraschte es beispielsweise, daß selbst zahlreiche Spezialisten, wie Ärzte und Ingenieure, die man doch gerade in der Aufbauphase nach dem Krieg so dringend benötigte, in Umerziehungslager geschickt wurden.

Absolute Priorität für die Ideologie

Einer der letzten westlichen Missionare als Augenzeuge, der im Juli 1976 nach fünfzehnjähriger Tätigkeit in Vietnam das Land verlassen mußte, Sesto Quercetti SJ, gelangte nach einer Analyse (Etudes, April 1977) des derzeit gültigen Marxismus-Leninismus zu der Überzeugung, daß dieser meist einfach „Sozialismus“ genannt – mit allen seinen grundlegenden Elementen (dialektischer und historischer Materialismus, Klassenkampf, Diktatur des Proletariats) alleinige staatliche Lehre und Praxis ist, wobei man allerdings den Begriff *Kommunismus* gänzlich meidet. (Lediglich die bisherige vietnamesische Arbeiterpartei Lao Dong wurde auf ihrem 4. Nationalkongreß Ende Dezember 1976 in Vietnamesische Kommunistische Partei umbenannt.) Nach offizieller Bekundung hat man in Vietnam eine Anpassung des Marxismus-Leninismus an die besonderen Bedingungen des Landes geschaffen. Verschiedene Belege sprechen aber dafür, daß dieser eigenständige Weg erst sehr schlecht entwickelt ist und daß man sich zumindest bei der theoretischen Vermittlung auf den orthodoxen Marxismus-Leninismus verläßt. Damit ergibt sich automatisch die Schwierigkeit, die Bevölkerung des Südens innerhalb der seit dem 2. Juli 1976 offiziell wiedervereinigten Sozialistischen Republik Vietnam überzeugend mit der

neuen Doktrin vertraut zu machen. Sesto Quercetti (a. a. O.) glaubt, daß diese Orthodoxie der kulturellen und spirituellen Tradition des vietnamesischen Volkes äußerst fremd ist, in der dem Animismus, dem Ahnenkult, der Harmonie der menschlichen Beziehungen, dem Familienzusammenhalt und der Unabhängigkeit des Dorfes gegenüber der Zentralregierung Vorrang eingeräumt wurde. Um dieser offensichtlichen Schwierigkeit zu begegnen, scheinen die Verantwortlichen der Partei bemüht zu sein, die Verehrung, ja den Kult um *Ho Chi Minh* unentwegt zu fördern. Er wird als „Bac“ verehrt, als Großonkel also, der traditionell in einer Familie die größte Autorität besaß. Mit Marxismus-Leninismus hat dies ebensowenig zu tun wie der unaufhörlich propagierte Nationalismus, der in eindeutiger Widerspruch zum proletarischen Internationalismus steht.

Für den Tagesgebrauch aber scheint als oberste Maxime der Satz *Ho Chi Minhs* zu gelten: „Die revolutionäre Moral besteht darin, die Direktiven der Partei ohne Diskussion zu akzeptieren und in der Praxis anzuwenden.“ Alle, die hierbei nicht mitmachen, disqualifizieren sich nach Meinung der Partei selbst, und zwar nicht nur als schlechte Sozialisten, sondern – was für den einzelnen schlimmer ist – als schlechte Bürger und schlechte Patrioten. In einer Analyse des 4. Kongresses der Lao-Dong-Partei kam *P. J. Honey* (China News Analysis, 11. 3. 77) zu dem Ergebnis, daß der Partei in Vietnam heute die Rolle der früheren Kaiser zufalle. Sie sei die Quelle jeder Autorität und Legitimation. Alle, die der Partei in irgendeiner Weise widersprächen, würden fortan als „Giac“ gelten, was etwa „Rebell“ oder „Usurpator“ bedeutet. Der trotz strenger Überwachung der Grenzen andauernde Flüchtlingsstrom in Nachbarländer oder mit Booten über See beweist, wie groß der Druck für viele geworden ist.

Neben der strikten ideologischen Ausrichtung des gesamten jetzt verstaatlichten Bildungswesens sind die über das ganze Land verteilten Umerziehungslager und die weitgehend befohlene Ansiedlung in den sogenannten „Neuen wirtschaftlichen Zonen“ die hauptsächlichen Mittel zur Umschulung, zu Einstellungs- und Verhaltensänderungen, zum Überzeugungs-Zwang. Alles wird der großen Aufgabe der Schaffung eines vereinten Vietnam mit rund 47 Millionen Menschen (davon 24 Millionen im Norden) geopfert, wobei die Bevorzugung des Nordens sowohl bei personeller Besetzung von Posten als auch bei der Übernahme von Strukturen und Programmen offensichtlich ist. Der „Vietkong“ – offiziell als „Nationale Befreiungsfront“ bezeichnet –, der während des Vietnamkrieges schon fast zum Mythos geworden war, wurde nach einer Meldung von Radio Hanoi Anfang Februar 1977 ebenso wie die ehemalige südvietnamesische prokommunistische Massenorganisation „Allianz für Unabhängigkeit und Frieden“ mit der nordvietnamesischen kommunistischen Massenorganisation „Vaterländische Front Vietnams“ unter gleichem Namen zusammengeschlossen. Und die frühere „Dritte Kraft“ gibt es nicht mehr. Lediglich ein-

zelne Repräsentanten dieser einstmals als Alternative zwischen Kommunisten und der südvietnamesischen Regierung auftretenden Gruppe haben rein repräsentative Posten in verschiedenen Organisationen erhalten.

Umsiedlung und Umerziehung

Der Parteikongreß Ende 1976 ließ keinen Zweifel daran, daß der Kampf gegen „reaktionäre Kräfte“ nach wie vor zu den vordringlichen Aufgaben zählt. Nach anfänglicher Zurückhaltung wird jetzt anscheinend unnachgiebig durchgegriffen. Immerhin hatte Parteichef *Le Duan* bereits Ende 1975 unmißverständlich die Absicht verkündet, „die verrottete Bourgeoisie unverzüglich abzuschaffen, die kapitalistische Wirtschaft auf den Sozialismus umzustellen, die Wirtschaft beider Landesteile zu integrieren und das geeinte Vietnam zum Sozialismus zu führen“ (zit. nach FAZ, 23. 2. 77). *Widerstand* gegen die Partei und Regierung wird von Zeit zu Zeit immer wieder bekannt. Besonders die christlichen Bergstämme und die Hoa-Hao-Sekte, die sehr starken Pressionen ausgesetzt sind, reagieren teilweise mit militanter Opposition. Die Regierung selbst gibt Beweise für diese Tatsache durch häufige Aufrufe zur Wachsamkeit und durch Bekanntgabe von gefangenen Gegnern oder umgekommenen Soldaten. Erst kürzlich wurden die Todesurteile gegen drei Mitglieder einer angeblich konterrevolutionären Organisation („Miliz für die nationale Restauration“) von der Berufungskammer des Obersten Vietnamesischen Gerichtshofes bestätigt.

Dennoch rechnen selbst Experten des US-Verteidigungsministeriums nicht mit einer wirkungsvollen und die neue Regierung irgendwie gefährdenden Opposition in Vietnam. Gerüchteweise verlautet, rund 10 000 Vietnamesen hätten seit April 1975 Selbstmord begangen, ein Vielfaches davon suchte in der Flucht einen Ausweg. Die Zahlen werden wohl nie genau bekannt werden. Dennoch läßt sich daraus der Trend vieler ablesen, eher zu resignieren – auch bis zur letzten Konsequenz –, als sich unterzuordnen bzw. militant Widerstand zu leisten. Eine weitere Form des Protestes ist passiver Widerstand, der anscheinend Partei und Regierung sehr zu schaffen macht.

Vage bleiben auch die Angaben über die *Umerziehungslager*, in denen in erster Linie Offiziere der ehemaligen Armee und Polizei, frühere hohe Funktionäre und Politiker sowie Wissenschaftler, Journalisten und Angestellte zusammengefaßt werden. Insgesamt galten im April 1975 rund 1,3 Millionen Vietnamesen als politisch „falsch“ vorgeprägt. Während die meisten Bewohner des früheren Südvietnam, die nicht zu einer der oben genannten Kategorien gehörten, nur Umerziehungskurse von wenigen Tagen oder Wochen zu absolvieren hatten, dauert der Prozeß der „Gehirnwäsche“ im Rahmen dieses groß angelegten Konzeptes einer vietnamesischen „Entnazifizierung“ für den genannten Personenkreis teilweise schon länger als zwei Jahre. Zwar hat man nichts von Folterme-

thoden und Exekutionen gehört, doch die oft zermürbende Praxis der Selbstanklagen und ständigen Beobachtung und Kritik, gepaart mit primitiven Verhältnissen, unzureichender Ernährung und harter Arbeit, hat nachweislich schon in sehr vielen Fällen zum Tode geführt. Bisher ist die Zahl der zu ihren Familien Zurückgekehrten gering. Die vietnamesische Presse jedenfalls hielt es für erwähnenswert, daß anläßlich des Nationalfeiertages am 2. September 1977 genau 1613 Offiziere und Funktionäre des früheren Regimes, die „seit der Befreiung Saigons“ in Lagern waren, entlassen wurden (vgl. Vietnam info, Nr. 11/12, November 1977). Wenn von offizieller Seite Ende 1976 zugegeben wurde, daß sich noch rund 60 000 Menschen dieses Personenkreises in den Lagern aufhielten (Le Monde, 24. 4. 1977), dann kann man sicherlich davon ausgehen, daß die wirkliche Zahl weit darüber liegt. Die Angaben differieren oft schon allein deshalb, weil die meisten Lager der Armee unterstehen, es aber auch für bestimmte Gruppen Lager unter der Leitung des Innenministeriums gibt.

Von den Deportationsmaßnahmen zu Umerziehungszwecken klar zu unterscheiden ist die Umsiedlungspolitik der Regierung bzw. die *Verlegung großer Bevölkerungsteile aus den Städten in die „Neuen wirtschaftlichen Zonen“*. Bei der Beurteilung muß man davon ausgehen, daß die amerikanischen Bombardements und besonders die chemischen Entlaubungsangriffe weite einstmals fruchtbare Teile des Landes vernichtet haben. Man hatte geglaubt, hier könnte über mehrere Generationen hinweg nichts mehr angepflanzt werden. Dieser Herausforderung jedoch stellten sich die Vietnamesen, indem sie mit viel Geduld und Zähigkeit einige dieser Gebiete, die zu den „Neuen wirtschaftlichen Zonen“ erklärt wurden, zu bearbeiten begannen. Man hofft, mit deren Erlösen in absehbarer Zeit die Versorgung mit Nahrungsmitteln verbessern zu können.

Ein Regierungsplan sieht vor, „Staatsfarmen“ sowohl im Grüngürtel von Saigon als auch in diesen neuen Zonen zu errichten, um gleichzeitig die landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen und die Arbeitslosigkeit von Saigon (auch die Bewohner verwenden bisher kaum den neuen Namen Ho-Chi-Minh-Stadt...) bis 1979 zu beseitigen. Gegen Kriegsende zählte Saigon rund 4 Millionen Einwohner, von denen ca. eine Million arbeitslos geworden waren. Im April 1977 verlautete offiziell, mittlerweile hätten 700 000 Menschen die ehemalige südvietnamesische Hauptstadt verlassen, und zwar 400 000 in Richtung ihrer Heimatdörfer und 300 000 in Richtung der neuen Wirtschaftszonen. Nach den bisherigen Plänen sollen zwischen 1975 und 1980 genau 1,5 Millionen Bewohner Saigons die Stadt verlassen haben. Aus Gesprächen und Andeutungen hoher Funktionäre ist übrigens immer wieder zu entnehmen, daß diese grundsätzlich verständliche und sinnvoll erscheinende Maßnahme auch einen Teil „Rache“ dafür enthält, daß die Saigoner jahrelang trotz oder sogar wegen des Krieges ein verhältnismäßig gutes Leben geführt haben ... Ausländischen Besuchern wird vorwiegend die „Le-Minh-Xuan-Staatsfarm“ rund 20 Kilometer östlich Sai-

gons vorgeführt (s. B. NZZ, 2. 1. 77), die ein Gebiet von 6500 ha umfaßt. Das Gelände soll seit einigen hundert Jahren unbebaut gewesen sein, weil der Boden sauer und salzig und bei Regen ständig überschwemmt gewesen sei. Seit Dezember 1975 hat man begonnen, hier systematisch Menschen anzusiedeln. Jede Familie, so wird den Besuchern erzählt, erhält 1000 qm als Garten und für das Haus. Einfache Häuser aus Stroh und Bambus würden vor der Ankunft der Siedler vom Staat gebaut. Außerdem erhalte die Familie jedes Neusiedlers Lebensmittel, Reis, Trinkwasser und einen kleinen finanziellen Zuschuß für die ersten sechs Monate zugesichert. Wegen der schlechten Startbedingungen und bis jetzt weitgehend ausgebliebener Ernteerfolge muß der Staat aber viel länger Unterstützung leisten, als ursprünglich vorgesehen war. Dies zusammen mit allgemeiner schlechter Wirtschaftslage hat inzwischen zu einer drastischen Reduzierung der Reiserationen geführt. Was hier mit bescheidenen Mitteln und unter Aufwendung der letzten Reserven geleistet wird, verdient Beachtung. Oft fehlt es in diesen Projekten sowohl an Elektrizität als auch an Trinkwasser. Ein kompliziertes Kanalsystem zur Bewässerung muß geschaffen, Wälder müssen gerodet werden. Gleichzeitig ist es aber auch erforderlich, die Infrastruktur auszubauen, d. h. besonders das Gesundheits- und Bildungswesen. Hier sind die Verhältnisse teilweise noch katastrophal. Viele Neusiedler werden weder mit dem Klima noch der ungewohnten körperlichen Belastung fertig. Die Sterblichkeitsquote soll u. a. wegen der häufigen Malariaerkrankung überdurchschnittlich hoch sein. Je weiter die neuen Wirtschaftszonen von Saigon entfernt liegen, desto schlechter scheinen die Bedingungen zu sein.

Ein schweres Erbe

Immer deutlicher wird derzeit, daß die *Ernährungssituation heute schlimmer als je zuvor* ist. Vier Gründe lassen sich dafür finden. Zum einen hat der dreißigjährige Krieg Grundstrukturen zerstört und einen Teil des Landes verwüstet. Zum anderen bleiben seit April 1975 die riesigen Hilfen aus dem Ausland aus, da selbst die sozialistischen Bruderländer sehr zurückhaltend sind und keineswegs die früheren, vorwiegend amerikanischen Subventionen ausgleichen. Schließlich ist ganz Vietnam in den letzten zwei Jahren von einer seltenen Anhäufung von Naturkatastrophen (Taifune, Überschwemmungen, Dürre) heimgesucht worden, die die Ernte mehrfach vernichteten. Im übrigen gab das Zentralkomitee der KP Vietnams Anfang Juli 1977 in einer Resolution zur Lage in der Landwirtschaft „große Fehler in der Führung, insbesondere in der Anleitung und Organisation der Verwirklichung der Parteibeschlüsse und der Agrar-Politik“ zu, insbesondere habe man zu lange gezögert, konkrete Maßnahmen „für den Übergang von der kleinen zur großen Landwirtschaft“ zu ergreifen (Le Monde, 28. 8. 1977).

Allein 1977 hat dies dazu geführt, daß ein Defizit von einer Million Tonnen Reis bestand, daß die Ernährung der Be-

völkerung zur Hauptaufgabe erklärt und der mit viel Vor-schußlorbeeren versehene und stolz präsentierte Fünfjahresplan geändert werden mußte. Der *Landwirtschaft* wird jetzt *absoluter Vorrang eingeräumt*, ehrgeizige Industrialisierungsprojekte wurden zurückgestellt. Sowohl durch eine verstärkte Mechanisierung als auch durch den Einsatz der Armee in der Produktion auf den Feldern versucht man, die teilweise katastrophale Lage zu meistern. Derzeit allerdings bleibt *Hunger* für viele Vietnamesen bittere Realität, wobei die Vertröstung auf Besserungen in der Zukunft kaum eine Hilfe darstellt, solange die zugeteilten Nahrungsrationen immer kleiner werden.

Für den südlichen Landesteil bedeutet diese Notlage immerhin eine Verzögerung der Kollektivierung der Landwirtschaft. Auch sonst ist im Süden noch vieles nicht „angepaßt“, manche Überbleibsel aus der Zeit vor April 1975 sind überall anzutreffen. Prostitution, Bettlertum, Taschendiebe, Schwarzmarkt – all dies ist, wenn auch mehr unter der Oberfläche und in geringeren Ausmaßen als früher, heute noch in Saigon möglich, was bei den wenigen ausländischen Besuchern oft den Eindruck eines „Kommunismus mit Beaujolais“ (Time, 9. 5. 1977) hinterläßt. Wenn hier noch nicht der große Wandel zu sehen ist, den man von der Veränderung der Machtverhältnisse und von der neuen Ideologie erwartete, so ist dies in erster Linie damit zu erklären, daß Partei und Regierung durch die ungeheure Aufgabenflut einfach *überfordert* sind. Das Erbe, das sie angetreten haben, brachte nämlich eine Fülle ungeklärter, ja zum Teil unlösbar erscheinender Probleme mit sich. Gemeint sind nicht nur die zur Reglementierung und Umstrukturierung der südvietnamesischen Bevölkerung ausufernde und sich allmählich selbst lahmlegende *Bürokratie* oder die in den letzten Wochen unermüdlich angeprangerte, anscheinend durch den Zusammenprall der beiden unterschiedlich weit entwickelten Zivilisations- und Konsumniveaus hervorgerufene *Korruption* (vgl. u. a. die Parteizeitung Nhan Dan, 21. 10. 1977). Gewaltig sind ganz besonders die u. a. durch den Rückzug der Amerikaner bedingten Probleme der Massenarbeitslosigkeit, der Umschulung und Eingliederung von Prostituierten und Bettlern, der Behandlung von Drogensüchtigen und der Versorgung der Waisen- und Straßenkinder. Die Behörden gehen davon aus, daß es in Südvietnam heute rund 100 000 *Vollwaisen* gibt, 20 000 allein in Saigon. Systematisch versucht man, die Waisenkinder zu erfassen und entweder in die nach Altersgruppen getrennten Häuser aufzunehmen oder sie kinderlosen Ehepaaren zur Adoption zu vermitteln. Die rund 10 000 *Straßenkinder* Saigons, die zumeist von zu Hause weggelaufen sind und sich zu Gruppen zusammengeschlossen haben, werden in drei Sonderschulen („Schule für junge Pioniere“) in einer Verbindung von Lernen und Arbeiten erzogen.

Etwa 200 000 *Prostituierte*, davon die Hälfte in Saigon, soll es bei Kriegsende gegeben haben. Heute rechnet man mit noch ca. 10 000 nicht erfaßten und nicht in Rehabilitationszentren umgeschulerten Prostituierten in Saigon. Voraussichtlich erst in zwei Jahren wird man auch den Rest

zur Rehabilitation gewinnen können. Viele wurden nach kurzer Umschulung in ihre Heimatorte umgesiedelt. Für eine nicht geringe Zahl war es aber notwendig, neben medizinischer Behandlung eine neue Einstellung zum Leben und zu einem anderen Beruf ebenso wie eine grundlegende Erziehung zu vermitteln. Es gibt zwei Phasen der „Rehabilitation“: Nach sechsmonatigem Aufenthalt in sogenannten „Schulen zur Wiederherstellung der Würde“ (medizinische Behandlung, „Neuer Lebenssinn“, Anleitungen für einen neuen Beruf) folgt eine handwerkliche Ausbildung in den „Schulen für die Zukunft“. Begleitende Sozialisierungsmaßnahmen mit Hilfe einer „Verantwortungs- und Zuneigungs-Kampagne“ sollen die soziale Reintegration erleichtern. Nach Angaben von *Le Kinh Due*, dem Leiter der entsprechenden Abteilung des Gesundheitsdienstes in Hanoi, muß man heute davon ausgehen, daß rund eine Million Südvietnamesen Geschlechtskrankheiten haben. 4,5 Prozent der schwangeren Vietnamesinnen haben die Syphilis. Es bedarf voraussichtlich jahrelanger und kostspieliger Kampagnen, um die Verbreitung einzudämmen. Durch die nach Norden zurückkehrenden Soldaten befürchtet man jetzt auch eine Übertragung auf die dortige Bevölkerung.

Auch die während des Krieges eingeschleppte Drogensucht fordert umfangreiche Gegenmaßnahmen. Von 1965, dem Eintreffen der amerikanischen Truppen in Vietnam, an bis 1975 hat es nach amtlichen Angaben 500 000 *Drogensüchtige* in Vietnam gegeben, davon allein in Saigon 150 000. Da 50 Prozent der Drogenabhängigen kriminelle Taten begangen haben sollen und 50 Prozent als potentielle Kriminelle eingestuft werden, sorgte man sehr schnell für die Einrichtung von Rehabilitationszentren in möglichst allen Südprouvinzen. Mit Hilfe eines reichen Programms, das von medizinischer Behandlung durch Akupunktur über körperliche Arbeit bis zu Freizeit in gelöster Atmosphäre und zu künstlerischen Darbietungen reicht, versucht man, der Sucht beizukommen. Man gibt allerdings auch zu, daß bisher längst nicht alle Betroffenen erfaßt sind und daß augenblicklich die Rückfallquote bei Rückkehr in das alte Milieu bei etwa 68 Prozent liegt. Da die Kirchen und privaten Organisationen gänzlich aus dem Schul- und Gesundheitswesen abgedrängt worden sind, erwachsen dem Staat ungeheure Aufgaben auf diesen Gebieten, zumal gleichzeitig versucht wird, durch Alphabetisierungskurse auch ältere Jahrgänge nachträglich zu bilden.

Alle *außenpolitischen Bemühungen Vietnams* sind derzeit auf das Ziel konzentriert, wirtschaftliche Hilfe zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben zu erhalten. Noch immer hofft man auf umfangreiche finanzielle Wiedergutmachung durch die USA, wie sie in Vereinbarungen vor 1975 fixiert worden war. Doch noch sehen sich die Vereinigten Staaten nicht veranlaßt, helfend einzugreifen, da sie ihrerseits mit Recht auf einen einseitigen Vertragsbruch der Kommunisten verweisen können. Vietnam hat nie Zweifel daran gelassen, daß es zur Aufnahme diplomatischer Be-

ziehungen bereit sei, die umfangreiche wirtschaftliche Beziehungen und sogar die Beauftragung von US-Firmen bei der Erdölgewinnung zur Folge haben sollten. Mit dem benachbarten Kambodscha gibt es kaum Kontakte, vielmehr hört man von Zeit zu Zeit sogar von militärischen Auseinandersetzungen an der Grenze. Im gesamten ostasiatischen Bereich ist Vietnam erst noch dabei, eine politische Linie zu finden, der Kontakt zu der jetzt als Wirtschaftsmacht größere Bedeutung erlangenden Gruppe der ASEAN-Staaten (alle nicht- bis antikommunistisch) ist eingeleitet worden, erweist sich als schwierig. Zwischen Peking und Hanoi sind die Beziehungen nach wie vor gespannt (vgl. *China News Analysis*, 9. 9. 1977), u. a. wegen der stärkeren Anlehnung Vietnams an die fernere Sowjetunion sowie wegen der chinesischen Unterstützung Kambodschas. Aber auch die gegenseitigen Verdächtigungen, im ostasiatischen Raum eine Vormachtstellung einnehmen zu wollen, und die chinesische Warnung vor dem sowjetischen „Supermachtgeheimismus“ sowie schließlich die bisherige Haltung Pekings, statt Wirtschaftshilfe die Parole von der Selbsthilfe auszugeben, haben das Verhältnis derart getrübt, daß auch der vietnamesische Parteichef Le Duan von seiner Peking-Reise Ende November 1977 kaum greifbare Ergebnisse mitbringen konnte (vgl. *Peking-Rundschau*, 29. 11. 1977 und *Far Eastern Economic Review*, 2. 12. 1977). Die ausgewogene Politik Hanois zwischen Peking und Moskau, die bis zum April 1975 vorherrschte, ist mittlerweile durch eine eindeutige prosovietische Politik ersetzt worden, weil Moskau im Falle eines schwachen Indochina chinesischen Einfluß in diesem Teil der Welt befürchten mußte und weil Hanoi nur auf diese Weise eine gewisse Selbständigkeit und Unabhängigkeit gegenüber Peking erwarten konnte (vgl. *Eberhard Schneider*, Die sowjetische Vietnampolitik 1975/76, in: *Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien*, Nr. 26/1976).

Positionskämpfe um die Beurteilung der Religionsfreiheit

Erst auf dem Hintergrund der politischen, ideologischen und ökonomischen Realität und Entwicklung Vietnams läßt sich das Geschehen im religiös-kirchlichen Bereich richtig einordnen und beurteilen. Wenn jetzt im kirchlichen Lager erneut Streit ausbricht über die richtige Einschätzung und Behandlung des „Falles Indochina“ (und hier besonders Vietnams), so liegen die Ursprünge dafür noch in der Zeit des Krieges und fast immer im ideologischen Bereich. Nur mühsam lassen sich Fakten finden und Hintergründe erhellen. Kirchliche Friedensbewegungen außerhalb Vietnams zerbrechen an dieser Frage, Gruppen vietnamesischer Studenten und Flüchtlinge sehen sich heftigen Erschütterungen ausgesetzt und durch unüberwindliche Gräben voneinander getrennt. Auf dieser unblutigen Ebene geht der Indochinakrieg unvermindert weiter. Allzuoft wird offensichtlich ein *Teil der Realität einfach nicht zur Kenntnis genommen*. So z. B. wenn *Philip Potter*,

der Generalsekretär des Weltkirchenrates, davon spricht, die Erfahrung des vietnamesischen Volkes habe alle inspiriert, die für ihre Befreiung kämpfen (epd, 5. 6. 1977), oder wenn die Evangelische Studentenpfarrerkonferenz in einem Schreiben an den Botschafter Vietnams in Bonn schreibt, der „Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes“ habe auch bei uns eine Bewegung in Gang gesetzt, die insgesamt auf „ein neues Engagement für die Interessen der Völker der Dritten Welt“ hinzielt (epd, 29. 9. 1977). Warum bleibt man mit dem Urteil beim April 1975 stehen, warum gibt es nicht wenigstens eine Andeutung von Besorgnis über den Kurs der gegenwärtigen Religionspolitik? Für viele scheint ein solcher Hinweis auf negative Erscheinungsformen gleichbedeutend mit Unruhestiftung und Bedrohung der soeben errungenen Unabhängigkeit zu sein.

Kritikern der Religionspolitik wird z. B. vorgehalten, die Jugend im Süden und die Tausende antikommunistischer Kader müßten „zur Kenntnis nehmen, wer die Revolutionäre sind, was sie wollen und was der Sozialismus zu tun vorschlägt“ (so der katholische Priester *Nguyen Dinh Ti* in einem Vortrag in Rom, vgl. IDOC-Bulletin, Mai 1977, Documentation: Vietnam Rebuilds). Ähnlich ist die Tendenz beim Saigoner Erzbischof *Nguyen Van Binh*, der nach seinem Besuch beim Ministerpräsidenten *Phan Van Dong* im September 1976 u. a. sagte: „Da wir Christen unter einem neuen Regime leben, müssen wir uns den Gesetzen und dem Reglement dieses neuen Regimes unterwerfen“ (Wortlaut der Rede in: La Documentation Catholique, 20. 2. 77). Diese Äußerung veranlaßte übrigens die italienische Missionszeitschrift „Mondo e Missione“ (Oktober 1977) zu der Frage, was wohl geschähe, wenn ein unter einem faschistischen Regime lebender Bischof schreiben würde, daß dieses natürlich faschistische Gesetze und Reglements habe, die man akzeptieren müsse?

Wegen der verschiedenen Zielsetzung, ideologischen Ausrichtung und Artikulationsmöglichkeit fallen die Urteile heute so verwirrend konträr aus. So konnte man beispielsweise im Mai 1977 in „Concilium“ von *Nguyen Quoc-Hung*, einem Mitglied der in Paris beheimateten Organisation „Fraternité Vietnam“ die Ansicht finden, die vietnamesische Kirche sei „offensichtlich bei weitem keine verfolgte Kirche. Das Problem ist zweifelsohne nicht, ob sich die vietnamesischen Katholiken der Glaubensfreiheit erfreuen oder nicht. Die eigentliche Frage bleibt vielmehr, ob die Katholiken fähig sind, den Vorschriften des Evangeliums bis zum Ende treu zu sein...“

Da findet sich die Meinung, in keinem anderen Land sei die Situation so günstig für eine Versöhnung zwischen der Kirche und einem auf dem Marxismus basierenden Sozialismus wie in Vietnam (*René Laurentin* in: Il Regno, 15. 2. 77), und die Aussage des amerikanischen Quäkers *Stewart Meacham* nach einem Vietnam-Besuch, er habe „keinerlei Anzeichen von religiöser Repression“ gesehen, die katholischen Schulen seien verstaatlicht, aber dadurch komme die Erziehung jetzt jedermann und nicht nur eini-

gen wenigen Privilegierten zu (NC News Service, 11. 4. 1977), während nur wenige Tage später (15. 4. 1977) der katholische Erzbischof von Hué, *Philippe Nguyen Kim Dien*, vor der Nationalen Front in Hué wörtlich sagte: „Ich gebe zu, daß ich nach dem Befreiungstag, als ich von der Politik der Regierung hinsichtlich der Religionsfreiheit vernahm, äußerst glücklich und enthusiastisch war, wie meine ersten Erklärungen gezeigt haben. Aber nun sind zwei Jahre vergangen, und ich fühle mich nicht befriedigt, weil es noch keine Religionsfreiheit gibt“ (zit. nach: Asian Report, 15. 8. 77).

Diese Rede ist bisher wohl das offenste und gleichzeitig umstrittenste Dokument über die Religionsfreiheit aus Vietnam selbst. Es hat besonders deshalb teilweise wie eine Bombe eingeschlagen, weil es in eindeutigen Widerspruch zu den durchwegs positiven und optimistischen Äußerungen des Saigoner Erzbischofs steht, der bisher als wichtigster Kronzeuge galt (vgl. HK, Mai 1976, 265 ff; Juli 1976, 338; November 1976, 543 ff). Schon seit einiger Zeit dürfte man in Rom und bei anderen kirchlichen Stellen zurückhaltend und *skeptisch gegenüber den Äußerungen von Erzbischof Van Binh* geworden sein, zumal der bereits erwähnte Bericht über seinen Besuch in Hanoi wenig überzeugende Argumente enthält. Mag er von der Bemerkung des Ministerpräsidenten Phan Van Dong, er lese oft das Evangelium, „aber wenn man es liest, muß man es auch richtig lesen“, noch wirklich beeindruckt und überzeugt worden sein, so bleibt doch fraglich, ob man aus der großzügigen Zollabfertigung des Kardinals von Hanoi nach der Rückkehr aus Rom oder aus der Einladung für ihn, von der Ehrentribüne aus den Nationalfeiertag in Hanoi mitzubegleiten, aus der Vietnamisierung der Liturgie und aus der Existenz eines fünfzigköpfigen Kirchenchores in Hanoi den Schluß ziehen kann: „Es gibt also kein Problem“, die Religionsfreiheit sei garantiert.

Einengung mit Langzeitwirkung

Über die Schwierigkeit, in der gegebenen Situation richtig zu entscheiden und zu handeln, so daß einerseits die Kirche ihren Grundsätzen treu bleiben und andererseits dem Staat ihre Bereitschaft zur Mitarbeit beim Aufbau bekunden kann, sind sich wohl alle Beteiligten im klaren. Unterschiede gibt es jedoch in der Auffassung, wie weit man bei den Zugeständnissen bzw. bei der Kritik gehen kann. Die unterschiedlichen Positionen der Erzbischöfe Van Binh und Kim Dien, die derzeit die Diskussion bestimmen (der Kardinal von Hanoi und die anderen Bischöfe des Nordens halten sich auffallend zurück, eine gemeinsame Bischofskonferenz gibt es immer noch nicht), lassen sich am besten auf dem Hintergrund einiger inzwischen belegbarer Fakten einordnen. Ausgangspunkt im April 1975 war ein klares Bekenntnis der neuen Machthaber zur Religionsfreiheit und eine überwiegend von Kooperationswilligkeit und Einsatz für ein entwickeltes vereintes Vaterland geprägte Einstellung der Christen und Buddhisten. Allerdings bestanden *Vorbehalte auf beiden Seiten* fort: so wa-

ren viele Gläubige skeptisch gegenüber den Beteuerungen der Kommunisten, weil in Nordvietnam nicht gerade ermunternde Beispiele für Religionsfreiheit zu finden waren. Und die Kommunisten konnten nicht so recht glauben, daß z. B. die Katholiken, die jahrelang die südvietnamesischen Regime unterstützt hatten, die stärkste organisierte Gruppe darstellen und viele Flüchtlinge aus Nordvietnam in ihren Reihen haben, wirklich zu Zusammenarbeit bereit sein sollten. Diese Skepsis und Vorbehalte scheinen bis heute fortzuwirken und vorwiegend das Klima in Südvietnam zu bestimmen. Mehr und mehr werden die *Religionsgemeinschaften isoliert und abgeschnürt*, werden ihre Wirkmöglichkeiten und ihr Einsatz beschränkt. Viele Versprechungen der ersten Stunden und Monate sind Papier geblieben. Das in der Verfassung garantierte Recht auf Glaubensfreiheit und auf Freiheit, atheistisch zu sein, wird von staatlicher Seite verstärkt einseitig zugunsten der zweiten Einstellung gefördert. Rund 200 Priester (außer den in Umerziehungslagern befindlichen etwa 70 ehemaligen Militärseelsorgern) *befinden sich derzeit im Gefängnis* (was dem Saigoner Gefängnis im Volksmund den Namen „Priesterseminar“ eingetragen hat...).

Die propagandistisch unglaublich hochgespielte „Vinh-Son-Affäre“ (vgl. HK, Mai 1976 S. 267), die angeblich zur Aushebung eines stark bewaffneten katholischen Widerstandsnetzes in einer Kirche führte, hatte besonders im Februar und März 1976 eine *neue Verhaftungswelle unter Priestern und Ordensfrauen* zur Folge. Sie wurden als „Agenten des Imperialismus“ bezeichnet und beschuldigt, „unter dem Deckmantel der Religion“ Zwietracht verbreitet und sich der Revolution widersetzt zu haben (vgl. Echange France-Asie, April 1977). Von dieser zweiten Welle waren vornehmlich Katholiken betroffen, die früher aus dem Norden geflohen waren. Das Priesterseminar in Dalat, in dem sich Anfang 1977 noch 140 Seminaristen befunden haben sollen, ist nach verschiedenen Informationen inzwischen geschlossen. Selbst die noch geöffneten Seminare können ihre eigentlichen Funktionen kaum noch erfüllen. Sie sind verpflichtet, die Seminaristen in der Produktion einzusetzen, Neuzugang wird schon allein durch das allgemeine Reiseverbot und das Verbot der Wohnsitzänderung verhindert. Jede Weihe muß zudem vom Staat genehmigt werden. In der Praxis sieht das heute so aus, daß der Staat zwar solche Anträge nicht ablehnt, aber sie nicht beantwortet und somit die Weihe unmöglich macht. Und die wenigen, die bisher eine Genehmigung in Saigon erhielten, können nun nicht seelsorglich eingesetzt werden, weil die allgemein gültigen Gesetze auch hier wieder einen Riegel vorschieben.

Die Auswirkungen dieser *indirekten Nachwuchssperre* werden sich erst in einigen Jahren zeigen. Nachdem der letzte ausländische Missionar am 4. August 1976 das Land verlassen hat, ist der einheimische Klerus allein verantwortlich. Auch bei den Ordensfrauen ist ein weiterer Zugang unmöglich gemacht worden. Es dürfen keine Novizinnen mehr aufgenommen werden. Krankenhäuser,

Leprosorien und Schulen mußten dem Staat übergeben werden, die Katholische Aktion und die Jugendbewegung wurden aufgelöst. Zunächst hatten die Schwestern noch die Fortsetzung ihrer Unterrichtstätigkeit angeboten, sie mußten sich dann jedoch wieder zurückziehen, weil der politisch-ideologische Druck zu groß wurde. Gottesdienste können praktisch nur noch sonntags früh vor 5 Uhr gehalten werden, da die Verpflichtung zur Teilnahme an der Produktion unerbittlich ist. Im Distrikt von Triên Hai wollten die zuständigen Behörden am Oster-sonntag 1977 sogar den Gottesdienstbesuch verhindern. Alle Ortsansässigen waren zur Mithilfe bei Flußregulierungsarbeiten aufgerufen, die in einer bestimmten Frist abgeschlossen sein sollten. Die überwiegend katholische Bevölkerung bat um die Möglichkeit, für die Dauer der Messe die Arbeit zu unterbrechen. Aber selbst das Angebot, statt dessen nachts zu arbeiten, wurde abgelehnt. Daraufhin blieben die Katholiken geschlossen der Arbeit fern und vollendeten anschließend in einer Rekordzeit die Aufgabe (aus den Ausführungen von Erzbischof Kim Dien am 22. April 1977 vor der Nationalen Front, zit. nach: Quê Me, 8. 10. 77). In diesem Fall verhinderte nur die zahlenmäßige Überlegenheit harte Gegenmaßnahmen. Die Einengung der Bewegungsfreiheit der Priester und das Verbot für Geistliche, den Gläubigen in die „neuen wirtschaftlichen Zonen“ zu folgen und sie dort seelsorglich zu betreuen, sind ein weiteres Indiz für die systematische, aber indirekte Art der allmählichen Schwächung der Kirche.

Die *Überwachung der Priester* scheint allgemein üblich zu sein, die Benachteiligung der Gläubigen bei der Arbeitsplatzbeschaffung und insgesamt im Berufsleben offensichtlich. Wenn man dann noch berücksichtigt, daß die atheistische Erziehung geradezu „total“ ist, dann kann man wohl doch dem Urteil des aus Vietnam ausgewiesenen Jesuiten André Gélinas zustimmen, der am Ende einer vielleicht zu pessimistischen Analyse meinte: „Die Gefahr besteht aber nicht so sehr für das Heute, sondern für das Morgen.“

Besonderen Pressionen sind *die christlichen Bergstämme* (rund 60 000 Menschen) im zentralen Bergland im Süden ausgesetzt. Die Regierung versucht ihre durch den Zusammenhalt erwachsene Stärke, ihre soziale und kulturelle Struktur durch Umsiedlungsaktionen, bei denen oft die Familien auseinandergerissen werden, zu vernichten. Aus einer Vielzahl von Briefen und mündlichen Informationen ergibt sich, daß ein Priester nur einmal im Monat in ein Dorf kommen darf, wenn dieses zuvor schriftlich um die Erlaubnis gebeten hat. Sie müssen sich beschimpfen lassen, beten sei verlorene Zeit und „Diebstahl an der Revolution“, Gebetbücher müssen abgeliefert werden, da die Psalmen, gegen die Revolution gerichtet, schlechte Dinge enthielten (zit. nach Quê Me, 5. 8. 77).

In diese Bilanz gehört aber auch das *Schicksal des früheren Bischofs von Nha Trang*, des noch im April 1975 zum Erzbischof-Koadjutor von Saigon ernannten *Nguyen Van Thuan*. Als Neffe des früheren südvietnamesischen Präsi-

denen *Ngo Dinh Diem* galt er als suspekt und unerwünscht, wurde im August 1975 verhaftet und später unter Hausarrest gestellt. Augenblicklich soll er sich in einem Gefangenenlager irgendwo im nördlichen Landesteil aufhalten (Fides, 15. 10. 1977). Die besonders von den „patriotischen“ Katholiken gegen ihn entfachte Kampagne gipfelte in dem Vorwurf, er habe im Dezember 1971 bei der ersten Versammlung der Föderation Asiatischer Bischofskonferenzen als einziger auf der Übernahme des Ausdrucks „gegen den atheistischen Kommunismus“ in das Schlußdokument bestanden.

Buddhisten am stärksten betroffen

Den anderen christlichen Kirchen und den Buddhisten widerfährt insgesamt noch eine schlechtere Behandlung, weil sie nicht wie die Katholiken (die im Süden etwa 10 Prozent der Bevölkerung ausmachen) über eine so ausreichende Organisation und weltweiten Rückhalt verfügen. Von der „Evangelischen Kirche“ („Hoi thank tin camb Vietnam“) mit ca. 150 000 Mitgliedern im Süden weiß man, daß auf ihrer ersten Generalversammlung im Juni 1976 ein führendes Parteimitglied die Kirche zu einer positiveren Einstellung zum neuen Regime aufforderte und daß Religionsfreiheit immer mehr lediglich eingeschränkte Kultfreiheit bedeutet (B.I.P.-Document, 22. 9. 1976).

Für die *Buddhisten* sieht die Lage noch schlechter aus. Eine Reihe von Zeugnissen belegt, daß Tausende buddhistischer Bonzen, Nonnen und Gläubige in Gefängnissen oder Umerziehungslagern leben müssen, daß viele ins weltliche Leben zurückkehrten und eine große Anzahl von Pagoden und Klöstern geschlossen wurde. Ein Verbindungskomitee der „Patriotischen Buddhisten“ beansprucht für sich, Repräsentant von 17 verschiedenen Sekten und damit von zwei Dritteln der südvietnamesischen Bevölkerung zu sein. Die führenden Köpfe der An-Quang-Pagode, von der aus der militante Einsatz gegen die früheren Regime ausging, gelten heute als die gefährlichsten Widersacher der Kommunisten, weil die Unterdrückung unter diesen ihrer Meinung nach noch viel schlimmer ist. Der bekannt gewordene Sprecher dieser Gruppe, *Thich Tri Quang*, unterwirft sich nicht. Schon im November 1975 hatten sich zwölf Buddhisten in der Stadt Can-Tho verbrannt aus „Protest gegen die Verletzungen der Religionsfreiheit“. Als sich im März 1977 eine buddhistische Nonne ebenfalls das Leben nahm, versuchten staatliche Stellen dies mit der Behauptung abzutun, die Nonne sei schwanger gewesen (Le Monde, 25. 4. 1977). Mehr noch als die Katholiken sind die Buddhisten Behinderungen, Zerstörungen ihrer Heiligtümer und Bespitzelung ausgesetzt (vgl. den Brief des inzwischen geflohenen führenden Buddhisten *Thich Man Giac* über Reaktionen der Buddhisten Vietnams, in: *Quê Me*, 25. 10. 77). Ihren bisherigen Höhepunkt erlebte die Verfolgung am 6. April 1977, als sechs Leiter der „Vereinigten Buddhistischen Kirche Vietnams“ verhaftet wurden.

Dieses Ereignis war übrigens der Anlaß für die erwähnte kritische Rede des Erzbischofs Kim Dien von Hué. Auf einer Versammlung der Patriotischen Front war der Fall erläutert worden, indem heftige Vorwürfe gegen die Mönche erhoben und die „patriotischen Buddhisten“ zitiert wurden, die verlangt hatten, „diese Renegaten zu entfernen, um so die Buddhistische Kirche zu reinigen“. Der Erzbischof wollte dabei seine Sympathie und sein „Verständnis einer befreundeten Religionsgemeinschaft gegenüber ausdrücken“. In der mutigen und rhetorisch geschickten Rede (deutscher Wortlaut in: *Katholische Missionen*, Januar/Februar 1978) kritisierte er die *Vorurteile seitens der Partei*, die wohl kaum zur Verwirklichung des proklamierten Zieles der Solidarität beitragen, und nannte Stück für Stück Übergriffe gegen die Kirche und eindeutige Fälle einer Diskriminierung katholischer Bürger. Das klang ganz anders als die beschwichtigenden Worte des Saigoner Erzbischofs; und als diese Rede außerhalb Vietnams bekannt wurde, sahen sich die Autoritäten Saigons veranlaßt, an Erzbischof Van Binh ein Schreiben mit einer Gegendarstellung zu richten (Document de Fraternité Vietnam 017/77). Sie versuchten, die geschilderten Mißstände als „hier und da auftretende Fehlhandlungen untergeordneter Kader“ hinzustellen. Dies sei aufgrund von Vorurteilen auf beiden Seiten verständlich. Und wenn sich die Katholiken heute als Bürger zweiter Klasse vorkämen, so liege das daran, daß sie sich angemaßt hätten, unter den früheren Regimen „Bürger erster Klasse“ zu sein.

Zwischen Anpassung und Widerstand

Auf der jüngsten Bischofssynode in Rom präsentierte Erzbischof Van Binh seine Sicht der Lage (La Croix, 11. 10. 1977). Dabei gab er erstmals durchaus Schwierigkeiten zu, versuchte insgesamt aber, eine weitgehende Anpassung der Kirche an die neue Situation zu proklamieren. Man müsse von einem nach dem kommunistischen Ideal ausgerichteten Modell für Vietnam ausgehen, die Katholiken fänden sich engagiert im marxistischen Milieu, statt theologischer Diskussion erwarteten die Kommunisten von den Katholiken konkrete Taten. Die Katholiken dürften seiner Meinung nach kein Getto bilden, sondern müßten sich gemeinsam mit den Kommunisten an der Schaffung einer neuen Gesellschaft beteiligen. Die Vorbereitungen darauf in der Pastoral seien schlecht gewesen, jetzt müsse man sich zudem darauf einstellen, daß man Katechese unter marxistisch-leninistisch geprägten Katholiken zu betreiben habe. Allein der Dialog mit den Marxisten könne die neuen Probleme lösen helfen. Er plädierte im übrigen dafür, heute den katholischen Glauben mit den Mitteln der marxistischen Sprache zu vermitteln, was keine „Marxisierung“ des Christentums sei. Bei aller Betonung der Katechese müßten Arbeit und Produktion doch Priorität erhalten.

Die Masse der Katholiken dürfte hilflos angesichts oft sehr unterschiedlicher Positionen ihrer Oberhirten sein. Die

kleine Gruppe „patriotischer Katholiken“ hat keineswegs ihr Ziel erreicht, einen einheitlichen Standpunkt der Kirche herbeizuführen oder gar eine Nationalkirche zu schaffen. Ihr Einfluß scheint vielmehr zu schwinden. Erst die Zukunft wird zeigen, welche Haltung für die Kirche besser ist, die der fast uneingeschränkten Kooperation oder die der Mitarbeit unter Beibehaltung von Kritik und Selbstbehauptung. Schwierig wird es noch zusätzlich dadurch, daß von der Kirche in den Nachbarländern kaum Hilfe zu er-

warten ist. In Kambodscha dürfte es kaum noch Katholiken geben, in Laos ist ihre Zahl auf etwa 20000 geschrumpft, für die nur noch eine Kirche geöffnet ist. Das ausländische Personal hat diese Länder verlassen müssen, die Einschränkungen sind gravierend. Mehr noch als in Vietnam gelten Buddhisten und Christen in diesen Ländern als Hemmschuh für die sozialistische Zukunftsentwicklung.

Norbert Sommer

Tagungsberichte

Verborgeneheit Gottes und Sinnfrage

Zu einer Tagung der katholischen Akademie in Freiburg

Gottesfinsternis ist in weit höherem Maß zur Signatur unserer Welt und unserer Gesellschaft geworden, als es Martin Buber unter diesem Stichwort bereits vor 25 Jahren diagnostiziert hat. Das Wort Gott scheint keine Stätte mehr zu haben: nicht im öffentlichen Bewußtsein, nicht in der Sprache (sei es im privaten oder öffentlichen, literarischen und alltäglichen Sprachgebrauch), nicht in der Wissenschaft, nicht im philosophischen Denken und vielfach auch nicht in Theologie und Verkündigung, auch nicht im persönlichen Glauben. Es hätte keinen Sinn, zu leugnen, daß auch viele Christen – bis hinauf zu Bischöfen und Theologen – gerade an dieser Stelle ihres Glaubens die größten Schwierigkeiten haben, die oft mehr verdrängt als bewältigt werden durch ein um so emphatischeres Reden von Jesus und seiner Botschaft. Auch wo man das im Sinn einer orthodoxen Christologie tut und demgemäß zwangsläufig auch von Gott redet, indem man von Jesus redet, bleibt es doch dabei, daß man in allergrößte Not gerät, wenn man verständlich sagen soll, was man mit Gott meint. Bloße Verweise auf Schriftaussagen und christliche Traditionen helfen nicht weiter, wenn die Rede von Gott nicht in gegenwärtiger Erfahrung und gegenwärtigem Denken „vorkommt“ bzw. einen Ansatzpunkt findet. Vorzukommen scheint Gott aber – wenn überhaupt – nur im Modus der Abwesenheit, der Verborgeneheit, wobei oft schwer zu sagen ist, was Erfahrung des abwesenden Gottes und was Agnostizismus ist.

Die Tagung der Freiburger Katholischen Akademie, von der hier die Rede sein soll, hat sich dieser Lage von verschiedenen Zugängen her genähert. Sie hat unter bestimmten Gesichtspunkten die geistesgeschichtliche und theologische Dimension der Frage, aber auch diejenige der Spiritualität beleuchtet. Bleibt schon ein solches Tagungsprogramm fragmentarisch, so muß es erst recht ein Bericht sein, der nicht auf Vollständigkeit zielt, sondern auf das Festhalten einiger bedeutsamer Aspekte.

Theologische Zeitkritik

Die Frage, wieso es gerade in unserer Zeit so massiv zur Erfahrung der Gottesferne und zur Leugnung Gottes bzw. zur vollständigen Indifferenz dem Gottesgedanken gegenüber kommt, wurde oft gestellt und oft beantwortet. Solche Analysen laufen meist auf eine Darstellung der Genese des neuzeitlichen Bewußtseins in kritischer Absicht und insofern auf theologische *Zeitkritik* hinaus. Auch bei der Freiburger Tagung war dieser Ansatz vertreten. Er wurde aus reformatorischer Perspektive entwickelt (Prof. Wilhelm F. Kasch, Erlangen – Nürnberg). Der von dort her naheliegende, wenn auch etwas ungewohnte Ausgangspunkt war, die Verborgeneheit Gottes als *Verweigerung* Gottes durch den Menschen und insofern als *Schuld* zu interpretieren. Die neuzeitliche Entwicklung stellt sich in dieser Sicht als konsequente Realisierung des „cor incurvatum in se“ dar, als die schuldhaftige Verstrickung des Menschen in sich selber. In der Inthronisierung des Menschen zum obersten Wert und seiner Selbstverwirklichung zum höchsten Ziel wird auch Gott noch zum Produkt des Menschen erklärt: der Mensch umfaßt und übergreift – zumindest in der Theorie und in der Intention – auch noch die Grenze seiner Selbstverwirklichung. Er will bei sich selber bleiben und sich als die Mitte von allem, was ist, organisieren. Das Ergebnis: er ist mit sich selber allein und alle seine Bezüge – zur Welt, zu seinesgleichen und zu sich selbst – werden „verdinglicht“, verlieren mit ihrer Transparenz auch ihre Würde.

Die Erinnerung an Martin Bubers Buch über die „Gottesfinsternis“ (Prof. Christian Schütz, Passau) brachte dazu einige weitere Aspekte bei. Der Mensch, der sich selbst in die Mitte setzt, wird zum alles habenden, alles machenden Subjekt; wachsende Einsamkeit und soziale Preisgebenheit, die aus dieser Rolle erwachsen, zeitigen ihre Folgen in Individualismus und Kollektivismus als den